

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXIV/132

Bonn, den 15. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Europa braucht die konzertierte Währungsaktion</u> Monnet-Komitee befürwortet Beitritt Großbritanniens und der anderen beitriftswilligen Staaten zur EWG	90
2 - 3	<u>Der Ausbau der sozialen Demokratie</u> Bundespräsident Heinemann setzte Marksteine Von Walter Haack	57
4 - 5	<u>Wahrheit und Sauberkeit</u> Von Senator Moritz Thape, Landesvorsitzender der SPD Bremen	71
6 - 7	<u>Partei-spaltungen und Neugründungen in Frankreich</u> Die Rechte und die Linke suchen neue Plattformen Von Georg Scheuer, Paris	57

Europa braucht die konzertierte Währungsaktion

Monnet-Komitee befürwortet Beitritt Großbritanniens
und der anderen beitriftswilligen Staaten zur EWG

G.M. z.Zt. Brüssel

Wer die Arbeiten des in dieser Woche in Brüssel tagenden Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa (Monnet-Komitee) verfolgte, die Diskussionen und Berichte der Experten hörte, muß sich unwillkürlich fragen, warum das europäische Einigungswerk im Augenblick keine Fortschritte macht. Selbst Kenner der Materie wissen auf diese Frage nur zögernde Antworten zu geben. Im Grunde genommen sind sich alle an der Brüsseler-Tagung Beteiligten darüber einig, daß Europa endlich "mit e i n e r Stimme sprechen" muß, daß die wirtschaftlichen, währungspolitischen und institutionellen Schwierigkeiten, die heute noch im Europa der Sechs bestehen, ausgeräumt werden können und daß durch den Beitritt Großbritanniens und anderer beitriftswilliger Staaten zur EWG unser alter Kontinent eine viel bedeutendere Rolle spielen könnte als dies jetzt der Fall ist.

In Brüssel gab es überhaupt keinen Streit darüber, daß Großbritannien möglichst bald der EWG beitreten sollte und daß alle damit im Zusammenhang stehenden Probleme sogar noch leichter als jetzt gelöst werden könnten. Der jetzige britische Außenminister Michael Stewart (Labour) und der frühere britische Außenminister Lord Home (Konservativ) ergänzten sich in ihren Stellungnahmen zu diesem Problem und zeigten völlige Übereinstimmung, woraus zu schließen sein dürfte, daß Regierung und Opposition in Großbritannien, vertreten durch zwei ihrer prominentesten Mitglieder ohne Vorbehalt positiv zum Beitritt Großbritanniens in die EWG stehen. In den Diskussionsbeiträgen beider britischer Politiker wurde auch erklärt, daß Großbritannien die aus den römischen Verträgen resultierenden Rechte und Pflichten voll anerkenne.

Die von dem früheren EWG-Präsidenten, Professor Hallstein, vorgetragene Anregungen zur Verbesserung des Funktionierens der europäischen Institutionen stießen teilweise auf Widerspruch, zwar nicht im Prinzip aber mit der Fragestellung, ob Hallsteins Vorschläge zur Zeit und in naher Zukunft durchführbar seien. Warum ein Teil der deutschen Presse Hallsteins Ausführungen in Brüssel so dargestellt hat, als habe sich das Monnet-Komitee ausschließlich mit institutionellen Fragen befaßt, bleibt unerfindlich.

Tatsache ist, daß die Probleme der europäischen Agrarpolitik und einer notwendigen konzertierten Währungsaktion im Mittelpunkt sowohl der Berichte als auch der Diskussionen standen. Ein besonderes Verdienst gebührt hierbei dem früheren französischen Landwirtschaftsminister Pisani, sowie den Währungsexperten Carli (Präsident der

italienischen Nationalbank) und Triffin (Professor an der Universität Yale/USA). Pisani wies nach, daß in ganz Europa für die Erhaltung veralteter Strukturen etwa fünfmal soviel ausgegeben wird, als zur Verbesserung und Rationalisierung der Landwirtschaft in den einzelnen europäischen Ländern. Seit 10 Jahren erhöht sich die Produktivität in der Landwirtschaft um jährlich sieben Prozent. Die Folge davon sind Überproduktion und ein stetes Ansteigen der Ausgaben für die Subventionen landwirtschaftlicher Produkte. Carli und Triffin lenkten die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die Notwendigkeit konzertierter währungs-politischer Maßnahmen zur Stützung der europäischen Währungen, deren Stabilität allein es ermöglichen werde, die Probleme der europäischen Wirtschaft und damit auch der Agrarwirtschaft zu lösen.

In diesem Zusammenhang verdient eine von Präsident Carli vorgetragene und anerkannte These Beachtung. Carli sagte, die EWG-Länder müßten schon deshalb ihre Währungspolitik koordinieren, weil ohne eine solche Maßnahme

- * "die Stabilität des Wechselkurses weiterhin inflationäre oder
- * deflationäre Strömungen in nicht akzeptierbarem Umfang von
- * einem Land zum anderen verursachen, starke spekulative Bewegungen
- * auslösen und schließlich zu abrupten Paritätsänderungen zwin-
- * gen würden, wodurch die Existenz des Gemeinsamen Marktes im
- * Industrie- und noch mehr im Agrarsektor bedroht wird."

Die deutschen Teilnehmer an der Brüsseler Konferenz (Bundesminister Herbert Wehner, DGB-Vorsitzender O.H. Vetter, IG-Metall-Vorsitzender Otto Brenner, der frühere DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg, CDU-Fraktionsvorsitzender Rainer Barzel, CDU-MdB Kurt Birrenbach und Prof. Hallstein) konnten feststellen, daß die von den Parteien des Bundestages, den Gewerkschaften und der Bundesregierung in letzter Zeit entwickelten Vorstellungen zur Europapolitik in den entscheidenden Fragen von den Vertretern der übrigen Staaten anerkannt werden. Die vom Monnet-Komitee gebilligte EntschlieÙung läßt dies klar erkennen.

Trotzdem ist es angebracht, auch jetzt wieder vor Illusionen zu warnen. Das Monnet-Komitee ist von Regierungen unabhängig. Seine Vorschläge können daher umso wirksamer sein, als keiner der an ihm Beteiligten Experten Rücksicht auf die Regierungen der Länder nehmen muß, aus denen er stammt. Schon in der Vergangenheit hat sich diese Methode der internationalen Zusammenarbeit allgemein anerkannter Experten bewährt. Ihre Vorschläge wurden beachtet und später meist auch übernommen. Auch bei der jetzigen Tagung in Brüssel ging es nicht um "Beschlüsse" im Sinne allgemein verbindlicher oder die europäischen Staaten verpflichtende "Richtlinien". Das Monnet-Komitee stellt Wegweiser auf; ihnen zu folgen oder sie zumindest zu beachten und sich ihrer als Kompaß zu bedienen, wird der Regierung keines europäischen Staates schaden, sondern eher nützen. Die Vergangenheit hat das gezeigt, die Zukunft Europas wird es bestätigen.

Der Ausbau der sozialen Demokratie

Der Bundespräsident Heinemann setzte Marksteine

Von Walter Haack

Die erste Rede unseres neuen Bundespräsidenten Dr. Gustav Heinemann vor dem Deutschen Bundestag und Bundesrat war für alle Deutschen so eindrucksvoll und von so elementarer Bedeutung, daß der Wert seiner Ausführungen nur dann voll zur Geltung kommt, wenn man sie in Teilgebiete gliedert.

Der Bundespräsident hat über den notwendigen Ausbau der sozialen Demokratie Interpretationen gemacht, wie wir sie nur selten in Deutschland gehört haben. Dr. Heinemann sagte u. a.:

- * "Diese Bundesrepublik Deutschland ist bewußt als repräsentative Demokratie gestaltet. Ich halte ihre auf Menschenwürde und Menschenrecht begründete Ordnung als Grundlage und Rahmen für die beste in unserer bisherigen Geschichte. Diese Ordnung ist aber nicht fertig.
- * Alle ihre Orientierungsmerkmale, als da sind: freiheitliche Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit, bedürfen im Staat und in der Gesellschaft der fortwährenden Bemühung um täglich bessere Verwirklichung durch den mündig mitbestimmenden Bürger.
- * Ich weiß, daß manche das nicht hören wollen. Einige hängen immer noch am Obrichtsstaat. Er war lange genug unser Unglück."

Wir rufen uns hierbei noch einmal in die Erinnerung zurück, was in Artikel 20 des Grundgesetzes verankert ist:

- * Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat."

Wir Deutschen müssen in den alten Griechen unsere Lehrmeister suchen, denn sie haben in einer wirklichen Demokratie gelebt. Das Wort "Demokratie" übersetzt, heißt: Eine politische Ordnung, die das

gesamte Volk zum Träger staatlicher Verantwortung und Funktionen macht, indem sie die Gesamtheit der mündigen Staatsbürger zu Trägern der Staatsgewalt macht.

Wenn der Bundespräsident ausführte, daß einige immer noch an "Obrigkeitdenken" hängen und sie das auch nicht gerne hören wollten, so bedeutet das, daß insbesondere die Beamten und Angestellten, die unseren Staat verkörpern, dem Bürger Demokratie vorzuleben haben. Die Furcht vor dem Sachbearbeiter, dem Inspektor oder dem Amtmann ist in großen Teilen der Bevölkerung immer noch vorhanden. Ein demokratisches Verhalten, das sich in einem guten Kontakt und in dem Empfinden für soziale Gerechtigkeit niederschlägt, bedarf, wie der Bundespräsident ausführt, "im Staat und in der Gesellschaft der fortwährenden Bemühung um täglich bessere Verwirklichung".

Die Auslegung von Gesetzen in den Ministerien, in der Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltung hat grundsätzlich positiv zu erfolgen. Die Frage für jeden Bediensteten muß täglich sein: Wie kann ich helfen und nicht, mit welcher Begründung kann ich einen Antrag ablehnen. Nur dadurch wird die junge Bundesrepublik Deutschland und mit ihr die Verwaltung glaubwürdig. "Die Nöte in unserer Gesellschaft sind offensichtlich größer, als unsere Wohlstandsgesellschaft gemeinhin annimmt", sagte Dr. Heinemann in seiner Rede und gab auch dafür Erläuterungen. Aus allen Schichten der Bevölkerung seien ihm eine Fülle von Briefen zugegangen, die Hilferufe aus vielfältigen Bedrängnissen des täglichen Lebens sind, aus Not, Wohnungssorge, aus Einsamkeit und Unrechtserleben.

Darum sollte j e d e r Bürger dieser Gesellschaft, gleich, an welcher Stelle er seine Pflicht erfüllt, sich von den Worten des Bundespräsidenten angesprochen fühlen, die Forderungen des Grundgesetzes nach dem Ausbau der sozialen Demokratie in steigender Bemühung zu verwirklichen.

+ + +

Wahrheit und Sauberkeit

Von Senator Moritz Thape,

Landesvorsitzender der SPD Bremen

Gegen Bremer Senatoren, Parlamentarier und Beamte wurden schwere Vorwürfe erhoben. Sie sollen bei Grundstückskäufen Spekulationen erlaubt und Makler und Rechtsanwälte materiell begünstigt haben. Treuehändlern des Bürgers wird vorgeworfen, das öffentliche Vertrauen mißbraucht und zu persönlichem Nutzen verfälscht zu haben.

Dem ersten publizistischen Sturm folgten sofortige Entscheidungen, die zu eindeutiger Klärung führen sollen:

Der Senat beauftragte den Rechnungshof mit einer kurzfristigen Prüfung der Vorgänge.

Das Parlament setzte einen Untersuchungsausschuß ein.

Die SPD berief einen eigenen Untersuchungsausschuß.

Sofortiges Handeln machte den Weg frei. Vorwürfe, Verdächtigungen, behauptete Unregelmäßigkeiten sind keine Gesprächsthemen mehr hinter vorgehaltener Hand.

Die SPD wird eine eindeutige Entscheidung treffen: Volle Rehabilitierung oder harte Konsequenzen! Das hat die SPD deutlich gemacht mit der sofortigen Einberufung eines eigenen Untersuchungsausschusses unter der Leitung von Bürgermeister a. D. Ehlers und mit der Aufforderung an Richard Boljahn, seine politischen und parlamentarischen Ämter bis zur Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe ruhen zu lassen. Sollten sich aus der Untersuchung Vorwürfe gegen weitere Mitglieder der SPD ergeben, müssen auch diese ihre Funktionen bis zur endgültigen Klärung ruhen lassen.

Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion hat geschlossen dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zugestimmt. Sie hat darüber hinaus den Vorsitz in diesem Ausschuß der CDU-Opposition angeboten, obwohl sie nach der Geschäftsordnung selbst einen Anspruch auf diesen Vorsitz hat und obwohl auch ein prominentes CDU-Fraktionsmitglied in der öffentlichen Diskussion stark belastet wird. Die SPD will auch den Anschein einer Steuerung oder Beeinflussung (obwohl die gar nicht möglich sind) vermeiden.

Wir wollen Wahrheit und Klarheit und keine Verschleierung. Wir wollen hinaus aus dem Sumpf der Verdächtigungen und Gerüchte. Wir wollen

Jedoch keine Urteile und Verurteilungen, bevor die Untersuchungen abgeschlossen sind.

Die konsequente Haltung der SPD hat in der Bevölkerung und in der eigenen Partei Zustimmung gefunden, aber gleichzeitig wird auch Kritik laut. Vor allem verweisen sozialdemokratische Mitglieder darauf, daß die Gerüchte und Behauptungen schon früher und freiwillig, ohne den Druck der Öffentlichkeit, hätten aufgegriffen werden sollen. Die Kritiker vergessen dabei, daß das geschehen ist, daß Gerichtsurteile vorliegen und zuletzt niemand in der Lage oder willens war, Gerüchte zu beweisen oder zu erkräften. Es ist leicht, einen Verdacht zu äußern, auch in öffentlicher Versammlung, aber schwer für die verantwortlichen Entscheidungsgremien, die nicht Emotionen folgen und verfolgen wollen, sondern Gerechtigkeit üben sollen, zu einer völligen Klarheit zu kommen. Dazu gehören eindeutige Tatbestände und Zeugen, die nicht nur vermuten, sondern beweisen können.

Das wird nun anders werden. Fakten werden genannt und Geschäfte bekannt. Zeugen müssen aussagen. Verträge, Rechnungen und Akten müssen geprüft und geöffnet werden. Amtliches Material wird vorliegen und helfen, Gerüchte von Fakten zu trennen.

Die Bremer SPD will mit ihrer Untersuchung nicht den Parlamentsausschuß ersetzen. Die SPD wird vor allem die Fragen der politischen Moral stellen, jene Fragen, die immer dann auftauchen, wenn expansive, gesellschaftliche Entwicklungen staatliche Verwaltung, Parlament und Geschäftswelt zwangsläufig in enge Verbindung bringen. Was im Geschäftsleben oft noch als üblich oder tragbar bezeichnet wird, ist für Sozialdemokraten mit anderen Maßstäben zu messen, weil die SPD ihren politischen Kampf unter der Flagge der Gerechtigkeit, der Demokratie und der Integrität von Idee und Person führt.

Deshalb wird die Bremer SPD besonders sorgfältig und streng zu Werke gehen. Sie wird nicht nur fragen müssen, ob Geschäft und Politik unzulässig verknüpft wurden, sondern prüfen müssen, ob das persönliche Verhalten noch mit dem eigenen Bild der Sozialdemokratischen Partei in Übereinstimmung zu bringen ist. Die Bremer SPD wird nichts verschleiern und verdecken, sie wird sich jedoch eindeutig vor jene stellen, die aus Gründen der Wahltaktik oder auch aus anderen parteipolitischen Motiven angegriffen und in die Schußlinie gebracht wurden.

Rufmord ist ebenso verwerflich und gefährlich für das Ansehen der Demokratie wie Korruption. Auf beide Fragen wird die SPD eindeutige Antworten geben.

Parteispaltungen und Neugründungen in Frankreich

Die Rechte und die Linke suchen neue Plattformen

Von Georg Scheuer, Paris

Ähnlich wie in Italien und gewissermaßen "parallel" zu den Ereignissen bei der "lateinischen Schwester" erfolgen gegenwärtig auch in Frankreich Parteispaltungen und Neugründungen. Rechts versucht das Zentralkomitee der gaullistischen Regierungspartei UDR die auseinanderstrebende Bewegung zusammenzuhalten. Die Wahl des neuen Fraktionsvorsitzenden in der Nationalversammlung führte zu harten Auseinandersetzungen innerhalb der gaullistischen Fraktion. So erhielt der Rechtsgaullist Tomasini beim ersten Wahlgang 87 Stimmen; sein Gegenspieler Jaquet 76; erst in einem zweiten Wahlgang wurde Jaquet mit 123 gegen 103 Stimmen gewählt. Man ersieht aus diesen Ziffern, daß der UDR mitten durch die UDR geht. - Im Zentrum ruft Senatspräsident Alain Poher zur Gründung einer neuen Partei der linken Mitte. Andererseits hat Jacques Duhamel eine Rechtsabspaltung des Zentrums zu einer neuen Partei zusammengefaßt, das CDP ("Centre Democratie et Progres").

Am unübersichtlichsten erscheint aber die Zersplitterung der französischen Linken. Drei historische Spaltungen dauern fort und sind teilweise noch vertieft: Die kommunistische Abspaltung seit 1920 als Folge der russischen Revolution, die Linkssozialisten PSU seit 1959 infolge des Algerienkrieges und die Ultralinken seit 1968 infolge der Mai-Ereignisse.

Die neuen Spaltungen vermochten nicht, die alten zu überwinden. Zwischen demokratischen Sozialisten und Kommunisten ist die Kluft seit der sowjetischen Invasion in der Tschechoslowakei unüberbrückt. Die Linkssozialistische PSU ist im Rahmen einer "Neuen Linken", von der aus der SFIO hervorgegangenen neu gegründeten Sozialistischen Partei ebenso weit entfernt wie von der KPF, die ihrerseits von Fraktionskämpfen zwischen Stalinisten und Reformkommunisten erschüt-

tert wird. Die Ultralinken schließlich lehnen alle obengenannten Parteien als "ehrbare Linke" ab und predigen ein Gemisch von revolutionärem Marxismus und Anarchismus.

Es wäre jedoch verfehlt, aus dieser Zerklüftung auf einen allgemeinen Niedergang der französischen Linken zu schließen. Die Ziffern und Tatsachen zeigen, daß es in der Fünften Republik weiterhin eine starke Linksströmung gibt. 1965 bekam die Einheitskandidatur Mitterrands bekanntlich 44 Prozent der Wählerstimmen gegen de Gaulle. Das war eine Glanzleistung und bewies die relative Stärke der französischen Linkswähler, selbst gegen eine nationale Vatergestalt wie de Gaulle, der noch ungefähr sieben Prozent der traditionellen Linkswähler an sich fesseln konnte, wozu Pompidou nicht mehr in der Lage ist.

Tatsächlich bekam der neue Präsident zwei Millionen Stimmen weniger als General de Gaulle. Im Juni dieses Jahres waren die Linkswähler auf mehrere Kandidaten zersplittert, in ihrer Gesamtzahl jedoch weiter vorhanden. Es waren keine Linkswähler nach rechts abgewandert. Ein Großteil der SFIO stimmte bewußt für den Kandidaten des linken Zentrums, Alain Poher.

Die französischen Linksparteien verfügen gemeinsam immer noch über ein Stimmenpotential, mit welchem sie an den gaullistisch-konservativen Block herankommen und ihn mit nur sehr geringen Verschiebungen überflügeln könnten. Allerdings ist diese französische Linke in mehrere Parteien gespalten, die sich teilweise noch weiter zersplittern. Der Präsidentenwahlkampf mit vier Linkskandidaten war eine Illustration für diesen Zustand. Das schließt jedoch nicht aus, daß die gleichen Linkskräfte sich gegebenenfalls über Nacht in Wahlbündnissen wieder besinnen und zusammenschließen können. Die französische Geschichte gibt mehrere Beispiele für solche plötzlichen Wendungen.